Erscheint vierzehntägig

V. b. b.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

(OPPOSITION)

10 Nummern S 1·50 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119 471

Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen | April 1932 | 6. Jahrgang, Nr. 98

Wählt Kommunisten!

Ununterbrochen seit langen Jahren jagt die **Bourgeoisie** einen Angriff nach dem anderen gegen die Arbeiter. Entscheidende Machtpositionen hat sie der Arbeiterschaft entrissen. Die Volkswehr, das große Machtinstrument der Arbeiterklasse, ist längst liquidiert, eine durch und durch kapitalistische Wehrmacht steht heute da, fest in der Hand der Bourgeoisie. Die Betriebsräte, ehedem ein Machtfaktor der Arbeiter in den Betrieben, sind heute nur noch der Schein eines Schattens. Das Demonstrationsrecht der Arbeiter ist unterbunden, der Faschismus jedoch kann sich nach Belieben bewegen und Arbeiter morden. 600.000 Arbeitslose, 600.000 Beschäftigte zu Hungerlöhnen. Und weiter geht der Lohnraub, weiter die Stillegungen, Entlassungen, weiter die Plünderung mit Massensteuern, weiter die Teuerung, weiter die Massenaussteuerun- [illegible] Arbeitslosenversicherung, die sie 27mal schon verschlechtert hat, will die Bourgeoisie vollends zertrümmern. Sie selbst aber lebt in Saus und Braus, zieht Riesengewinne aus der Not der Massen und, wenn sie verliert, hilft ihr der kapitalistische Staat wieder auf Kosten der Massen.

1918/19 lag die Bourgeoisie am Boden, zitternd vor der Arbeiterklasse. Wer hat es der Bourgeoisie ermöglicht, wieder emporzukommen, wieder die Arbeiterklasse unter ihre Füße zu treten? Haben sich die Arbeiter nicht gewehrt? Waren nicht Gewerkschaften da? War die Sozialdemokratie nicht da? Hat nicht die Sozialdemokratie tagtäglich «gekämpft» und große, sehr große Stimmzettelsiege errungen?!

Von der Kapitalistenklasse konnte und kann die Arbeiterklasse nichts anderes erwarten als Kampf für den Profit, also Kampf gegen die Arbeiter. Aber von den sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, von der **Sozialdemokratie**, die sich als Arbeiterpartei ausgibt, haben sie erwartet, daß sie den Kampf der Arbeiterklasse so führt, daß die Angriffe der Bourgeoisie abgewehrt, daß die Machtpositionen der Arbeiter erhalten und verstärkt, daß ihre wirtschaftlichen Interessen erfolgreich verteidigt und verbessert werden.

Alle Politik bemißt sich letzten Endes nach dem Ergebnis. Die jetzige Lage der Arbeiterklasse, machtpolitisch und wirtschaftlich, ist herbeigeführt durch die Kapitalistenklasse. Doch nur die Politik der Sozialdemokratie hat all das der Bourgeoisie ermöglicht! Für die heutige Lage der Arbeiterschaft trifft die Schuld und Verantwortung vor den Arbeitern mit voller Wucht die Sozialdemokratie. Alle Wohnungen, Kindergärten, Parkanlagen haben nicht das Geringste daran geändert, daß die Arbeiterschaft als Ganzes von der Kapitalistenklasse außerordentlich tief gedrückt wurde, dank der Sozialdemokratie.

Gewiß, die Wohnungsbauten der Gemeinde Wien sind Leistungen auch für die Arbeiterklasse. Ohne diese Leistungen hätte die Sozialdemokratie niemals die große Masse der Arbeiter hinter der sozialdemokratischen Politik halten können, die in Wirklichkeit der Kleinbourgeoisie, letzten Endes der Großbourgeoisie, dem Kapitalismus dient. Die 60.000 Wohnungen, die die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien gebaut hat, sind eine Leistung. Zwar wird dadurch an der kapitalistischen Wohnungsnot nichts geändert. Zwar wohnen nach wie vor 90 Prozent der Wiener Bevölkerung, das ist die große Masse der Werktätigen, in 40 Prozent der Wohnräume, während sich in 60 Prozent der Wohnräume die Bourgeoisie und das höhere Mittelbürgertum breit machen, die zusammen kaum 10 Prozent der Wiener Bevölkerung ausmachen. Zwar wurden und werden die Gemeindewohnungen in der Hauptsache aus dem Geld der darbenden Massen gezahlt, denn aus ihren Taschen wird der Großteil der Wohnbausteuer geholt. Zwar kommen die Gemeindewohnungen in der Hauptsache dem Klein- [illegible] mit ihnen durch und durch verfilzten sozialdemokratischen Bureaukratie und Arbeiteraristokratie zugute. Allein auch manche Arbeiterfamilie wohnt darin, hat den Vorteil davon. Die 60,000 Gemeindewohnungen sind auch vom Standpunkt der Arbeiter eine Leistung, die das Proletariat gegen die Rechtsbourgeoisie verteidigt, die der Arbeiterklasse nicht einmal die Brosamen vergönnt, womit die Linksbourgeoisie die Arbeiter betrügt.

Denn diese Gemeindewohnungen sind Brosamen, mit der einen Hand gestreut, während die andere Hand zugleich das Zehnfache, ja Hundertfache den Arbeitern raubt. Es sind Brosamen, gemessen an der Gesamtlage der Arbeiter. Die Gemeindewohnungen sind der Speck, womit das sozialdemokratische Kleinbürgertum die proletarischen Mäuse einfängt für die Politik des Verrates der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse.

Da die Wahlen da sind, gehen die sozialdemokratischen Rattenfänger mit ihrem Speck besonders fleißig zu den Arbeitern hausieren. Sie wollen diesmal den Gipfel des kleinbürgerlichen Ideals «erkämpfen»: die **Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie.** «Keine Regierung ohne und gegen die Arbeiter! Ho-ruck! Zieht, zieht, Arbeiter, zieht! Damit in der Regierung nicht mehr die Großbürger allein, sondern mit den sozialdemokratischen Kleinbürgern zusammensitzen! Denn dann, Arbeiter, kommt die große Wende für Euch!» So lockt heute die Sozialdemokratie.

Mit Verlaub, Ihr Herrschaften, Ihr wart ja schon einmal in der Koalitionsregierung! **1918/20!** Damals ist es mit der Arbeiterschaft immerhin anders gestanden als heute! Durch eure Koalitionsregierung, durch eure Koalitionspolitik habt ihr all das heruntergewirtschaftet!

Der Arbeiterschaft kann geholfen werden nur auf Kosten der Bourgeoisie. Ihr aber wollt «erkämpfen» die Koalitionsregierung, das offene **Bündnis mit der Bourgeoisie!** Wenn die Kapitalistenklasse mit euch sozialdemokratischen Kleinbürgern ein Bündnis in Form einer Koalitionsregierung eingeht, so niemals für die Arbeiter, sondern nur gegen die Arbeiter, so niemals um den Arbeitern zu helfen, sondern um sich selbst zu helfen, um der Bourgeoisie, um den Kapitalismus zu helfen auf Kosten der Arbeiter!

Keine Stimme den kapitalistischen Ausbeutern! Keine Stimme den Kettenhunden, den Henkerknechten der Bourgeoisie, keine Stimme dem Faschismus! Aber auch keine Stimme für die listigen Lakaien und speckigen Rattenfänger der Bourgeoisie, keine Stimme der Sozialdemokratie!

Keine Stimme für den Kampf um die Koalitionsregierung! Keine Stimme für die Koalitionspolitik! Keine Stimme für die sozialdemokratische Verratspolitik! Keine Stimme für die Politik des sozialdemokratischen Specks, womit der sozialdemokratische Verrat maskiert wird.

Alle Stimmen den Kommunisten! Alle Stimmen der Kommunistischen Partei!

Laßt die proletarische Klassenfront erstehen auch in den Gemeindestuben, auch in den Landtagen, vor allem im Wiener Gemeinderat. Gegen die Großbourgeoisie! Gegen die Kleinbourgeoisie! Gegen den Kapitalismus! Gegen den Faschismus! Aber auch gegen die Sozialdemokratie. Gerade darum wählt Kommunisten, wählt die Kommunistische Partei! Denn sie allein führt den proletarisch-revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie und gegen ihre Helfershelfer, gegen die faschistischen Kettenhunde und gegen die sozialdemokratischen Lakaien.

Gewiß, infolge ihrer stalinistischen Linie, infolge ihrer stalinistischen Führung, macht die Kommunistische Partei schwere Fehler in der Gesamtpolitik, in der Gemeindepolitik und selbst in der Gemeindewahltaktik.

Grundfalsch vor allem ist die der Kommunistischen Partei vom Stalinismus aufgezwungene Einstellung zur Sozialdemokratie, die niemandem mehr hilft, als der Sozialdemokratie selbst und so auch dem Faschismus, letzten Endes der Bourgeoisie.

Nicht die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind. Der **Hauptfeind** der Arbeiter ist der Kapitalismus, ist die Bourgeoisie. Faschismus und Sozialdemokratie sind beide Werkzeuge der Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie ist der geriebene **Lakai**, der die Arbeiter mit List für den Kapitalismus einfängt und von der Bourgeoisie das kleine Opfer des Specks verlangt, um so die Arbeiter hinter der sozialdemokratischen Verratspolitik halten zu können. Der Faschismus ist der **blutige** Lakai, der den Arbeitern gar nichts läßt, keinen Speck, keine Bewegungsfreiheit, keine Organisation. Die Kapitalistenklasse, letzten Endes auf den Faschismus bauend, verwendet beide Lakaien je nach der Lage. Und doch stehen beide Lakaien in tödlichem Kampfe, denn jeder von ihnen will das Monopol des kapitalistischen Lakaientums für sich allein.

Grundfalsch ist das stalinistische **Ultimatum**, gerichtet ausschließlich gegen die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung, dem erst auf Grund unserer Kritik nach einigen Tagen, um den Schein zu wahren, ein Ultimatum auch an die christlichsoziale Bundesregierung, das ist an die Bourgeoisie, nachgehinkt ist. Falsch, lächerlich, schädlich ist es, eine solche Forderung, wie den Umbau der Reichsbrücke an die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung zu richten, statt an die bürgerliche Regierung.

Es ist eine die kommunistische Sache schwer schädigende Politik, die Sozialdemokratie als Hauptfeind hinzustellen, also die Bourgeoisie und den Faschismus hinzustellen als das — «kleinere Uebel». Diese stalinsche Politik ist ein gefundenes Fressen für die verräterische Sozialdemokratie und den gaunerischen Blutfaschismus.

Es ist eine die kommunistische Partei schwer schädigende Politik, [illegible] Hauptfeind der Bourgeoisie behandelt. Diesen stalinschen Unsinn kann der sozialdemokratische Arbeiter nicht verstehen. Die vielen zehntausende sozialdemokratischen Arbeiter, die, von tiefster Unzufriedenheit mit der sozialdemokratischen Politik erfüllt, sich dem Kommunismus nähern, werden durch diesen stalinschen Unsinn von der Kommunistischen Partei abgestoßen und in die Arme der sozialdemokratischen Rattenfänger wieder zurückgestoßen.

Dasselbe gilt von der stalinschen Taktik der **«Roten Einheitsfront»**, die mit dem Munde nach der proletarischen Einheitsfront ruft, aber nur solche Arbeiter in sie zulassen will, die von vorneherein bedingungslos die Führung durch die Kommunistische Partei anerkennen. Die also von Haus aus die große Masse der Arbeiter von der Einheitsfront abstößt und es so der Sozialdemokratie ermöglicht, die sozialdemokratische Verratspolitik, die in Wahrheit die Arbeiterklasse spaltet, vor den Arbeitern zu maskieren.

Es ist der **Stalinismus**, der der Kommunistischen Partei diese die kommunistische Sache, die Kommunistische Partei aufs schwerste schädigende Politik aufzwingt.

Und dennoch rufen wir, die **Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition)**, die wir von der Stalin-Fraktion aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und tollwütig angefeindet werden, die wir seit 9 Jahren konsequent, ohne zu wanken, die ultralinke Politik Sinowjews, die Rechtspolitik Bucharins, die zentristische Politik Stalins bekämpfen, euch Arbeitern zu:

Wählt Kommunisten! Wählt die Kommunistische Partei!

Die Sozialdemokratie, das ist eine Politik für die Kleinbourgeoisie und damit für die Bourgeoisie. Für die Arbeiterklasse schaut dabei — und auch dies nur für einen kleinen Teil der Arbeiter — im besten Falle ein Stückchen Speck heraus, doch um den Preis, daß so die Arbeiterklasse als Ganzes eingespannt bleibt in den Karren der kapitalistischen Sklaverei und immer tiefer gedrückt wird. Die sozialdemokratische Politik, die Sozialdemokratie, ist

unbeliebt

vom proletarischen Standpunkt! Keine wie immer geartete Anstrengung der Arbeiter kann die Sozialdemokratie aus einer kleinbürgerlichen Partei verwandeln in eine proletarische Partei. Die Sozialdemokratie ist keine proletarische Partei: mag sie mit Speck noch so viele Arbeiter einfangen, sie ist und bleibt die Partei des Kleinbürgertums und der Arbeiteraristokratie, jener dünnen Schichte gut gestellter Arbeiter, die emporgekommen auf dem Rücken der breiten proletarischen Masse sich verbünden und verfilzen mit der Kleinbourgeoisie zugunsten des Kapitalismus.

Dagegen die Kommunistische Partei mit all ihren großen und schweren Fehlern, die ihr vom Stalinismus, von der Stalin-Clique aufgezwungen werden, ist die proletarische Klassenpartei, ist die Partei der proletarischen Klassenpolitik, ist die Partei der revolutionären Politik der Arbeiterklasse. Die Fehler der kommunistischen Politik, die Fehler der Kommunistischen Partei sind

heilbar,

denn sie sind Fehler einer Arbeiterpartei, sie sind Fehler der Arbeiterpartei, sie sind Fehler der Klassenpartei der Arbeiter.

In ihrem eigenen Interesse müssen die Arbeiter helfen, die Kommunistische Partei **von den stalinistischen Fehlern zu befreien,** sie zu gesunden, sie führen auf die Linie von **Marx-Lenin.** Sie müssen ihr helfen, indem sie sie stärken, indem sie ihren Kampf überall unterstützen, in und außerhalb der Betriebe, auf der Straße und in parlamentarischen Körperschaften, also auch in den Wahlen!

Die sozialdemokratischen Rattenfänger suchen euch zurückzuhalten, indem sie euch zurufen, die Kommunistische Partei habe keine Aussicht auf Mandate, die Stimmen für sie seien verloren. Elende Demagogie das! Mit bewußter Absicht hat die Sozialdemokratie die Mandate im Wiener Gemeinderat von 120 auf 100 herabgesetzt, die Stimmenzahl für das Grundmandat gesteigert, gerade um es der Kommunistischen Partei zu erschweren, Mandate zu erobern. Arbeiter! Durchkreuzt diesen demagogischen Plan, indem ihr der Kommunistischen Partei so viel Stimmen gebt, daß trotz der sozialdemokratischen Wahlgeometrie Kämpfer **proletarisch-revolutionären Klassenkampfes** in den Gemeinderat einziehen!

Die sozialdemokratischen Rattenfänger suchen euch zu verwirren mit dem Schlagwort der «Stimmenzersplitterung». Jede Arbeiterstimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme für die Koalitionsregierung, für das Bündnis mit den kapitalistischen Blutsaugern, für eine Politik, die der Bourgeoisie hilft, auf Kosten der Arbeiter, für eine Politik zugunsten der Kapitalisten gegen die Arbeiter! Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist letzten Endes eine Stimme für den Kapitalismus gegen das Proletariat.

Dagegen jede Stimme **für die Kommunistische Partei** — trotz aller ihrer stalinistischen Fehler — ist eine Stimme **gegen den Kapitalismus, gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus, gegen den sozialdemokratischen Verrat, für die Arbeiterklasse, für den proletarisch-revolutionären Klassenkampf, für die Macht und den Sieg der Arbeiterklasse über alle ihre Feinde, für den Sozialismus!**

Arbeiter! Laßt Euch nicht durch Speck fangen! Werdet durch Euren berechtigten Aerger über die groben Fehler der stalinistischen Politik nicht irre an der Kommunistischen Partei! Geht der Sache auf den Grund! Urteilt nicht nach kleinen Speckvorteilen, urteilt nach dem großen **Klasseninteresse** der Gesamtarbeiterschaft, auf dessen Boden allein die ganze Arbeiterschaft vereint werden kann zur **Einheit, zur Einheit zum Kampf und Sieg über den kapitalistischen Todfeind!**

Wählt kommunistisch! Wählt die Kommunistische Partei!

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungsstelle Thaliastraße 42 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunngasse 41 und 62, Reumannhof,

Wirtschaftskrise und Stalinismus

Sowjetrußland vermag mit seinen Kräften sich vom Weltkapitalismus unabhängig zu machen und den Sozialismus aufzubauen, so sagt Stalins Theorie vom **«Sozialismus in einem Lande».**

Nun, die Wirtschaftskrise zeigt, daß ein Land für sich allein, und sei es selbst so gewaltig wie Sowjetrußland, sich der Krise der kapitalistischen Wirtschaft nicht entziehen kann. Gar kein Zweifel, daß die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands durch die kapitalistische Wirtschaftskrise wesentlich erschwert wird, gar kein Zweifel, daß ein bedeutender Teil der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen die russischen Arbeiter so leiden, durch die kapitalistische Wirtschaftskrise herbeigeführt wird. Gerade diese durch die kapitalistische Weltkrise herbeigeführten Schwierigkeiten Sowjetrußlands widerlegen die stalinsche Theorie «vom Sozialismus in einem Lande». Sie zeigen die Abhängigkeit des Aufbaues der Wirtschaft Rußlands vom kapitalistischen Weltmarkt, vom internationalen Weltmarkt, welche Unabhängigkeit nicht überwunden werden kann mit den Kräften Sowjetrußlands allein, sondern nur durch die internationale Kraft der Weltarbeiterklasse, wovon Sowjetrußland der wichtigste Teil ist.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Großteil der Schwierigkeiten Sowjetrußlands, der Schwierigkeiten der russischen Arbeiterklasse verschuldet ist durch den Stalinismus. In doppelter Art:

1. Wäre die Russische KP in den früheren Jahren auf leninscher Linie geführt worden, so würden sich die Schläge, die heute die kapitalistische Weltkrise gegen die russischen Arbeiter, gegen den russischen Aufbau führt, bedeutend schwächer auswirken. Als die russische Linksopposition mit dem Vorschlag der Industrialisierung und Kollektivierung kam, da lehnte das Stalin höhnisch ab als «Ultralinkstum». Als er mit seinem Rechtskurs Schiffbruch erlitten, da annektierte Stalin im Handumdrehen das Programm der russischen Linksopposition, das Programm der Industrialisierung und Kollektivierung. Aber er tat dies «in seiner Art».

Die ganzen Vorschläge der russischen Linksopposition, insbesondere was das Tempo betrifft, bewegten sich selbstverständlich vollkommen im Einklang mit den wirklichen Kräften der russischen Arbeiterklasse, der proletarischen Diktatur. Stalin erklärte die realistischen Vorschläge der Linksopposition höhnisch als — «Rechstabweichung» und verdoppelte, verdreifachte das Tempo, sich über alle Proportionen hinwegsetzend. «Wir müssen den Weltkapitalismus **einholen und überholen,** auch Amerika, **in 5, ja in 4 Jahren»!,** gab er also Losung. Er ging auf Rekorde los, ohne Rücksicht auf die realen Kräfte des russischen Proletariats, des Sowjetstaates. Dementsprechend wurden gewaltige Käufe im Ausland getätigt, zumeist auf Kredit. Die Kredite werden zum Großteil jetzt fällig. Rußland kann sie nur zahlen mit seinem Export an Rohstoffen und Lebensmitteln. Doch durch dieselbe kapitalistische Krise sind die Preise all dieser Artikel gewaltig gesunken. Also muß trotz der größten Not die Ausfuhr selbst an Lebensmitteln gewaltig gesteigert werden, um den Auslandsverpflichtungen nachzukommen. Wäre das Programm der Linksopposition durchgeführt worden, wäre der Aufbau im Einklang mit den wirklichen Kräften der russischen Arbeiter, des Arbeiterstaates, durchgeführt worden, so würde Sowjetrußland infolge seiner Abhängigkeit vom Weltmarkt zwar auch unter der kapitalistischen Weltkrise leiden, aber weitaus weniger als es heute infolge der groben, unverantwortlichen Fehler der stalinschen Politik zu leiden hat.

2. Allein noch in einer ganz anderen, viel entscheidenderen Art ist der **Stalinismus** schuld an den Schwierigkeiten der russischen Arbeiter und der proletarischen Diktatur. Sowjetrußland baut mit seiner Kraft den Sozialismus auf, das ist die Grundthese des Stalinismus. Darnach bedarf Sowjetrußland zum Aufbau des **Sozialismus nicht der internationalen** Revolution, nicht des internationalen Proletariats, nicht der Kommunistischen Internationale und nicht der Kommunistischen Parteien. Die Kommunistischen Parteien, die Kommunistische Internationale, die internatonale Arbeiterklasse müssen Sowjetrußland nur vor der Gefahr eines militärischen Ueberfalles schützen, alles andere besorgt Sowjetrußland selbst mit seinen eigenen Kräften, vor allem den Aufbau des Sozialismus. So hat der **stalinsche Nationalkommunismus** die Weltrevolution aufgegeben. So hat er die Kommunistische Internationale und die Kommunistischen Parteien aus Haupthebeln der internationalen Revolution verwandelt zu untergeordneten Hilfsorganen des russischen Aufbaues. So wurden die Kommunistischen Parteien, die Kommunistische Internationale geschwächt, so wurde durch den Stalinismus herbeigeführt, daß die Sozialdemokratie trotz ihres unausgesetzten Verrates ihren Einfluß auf die Arbeitermassen behaupten konnte. So kam es zur fortgesetzten Verschiebung der Kräfteverhältnisse der Klassen zum Nachteil der Arbeiter außerhalb Rußlands. So wurde in allen Ländern die Position der Arbeiter schwächer, die Position der Bourgeoisie stärker. So führte der Stalinismus dazu, daß die Bourgeoisie aller Länder ihren Druck auf Sowjetrußland immer mehr zu steigern vermochte und so vermag die Bourgeoisie sogar heute trotz der ungeheuren Erschütterungen des Weltkapitalismus mitten in der kapitalistischen Weltkrise diesen Druck auf Sowjetrußland noch mehr zu steigern. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Sowjetrußlands und der russischen Arbeiter sind in der Hauptsache geschuldet dem ungeheuren, wachsenden, bewußten Druck der kapitalistischen Banditen auf den Sowjetstaat, auf die Sowjetwirtschaft. **Doch indem Stalin die Politik der internationalen proletarischen Revolution verdrängt durch seinen russischen Nationalkommunismus, hat er den kapitalistischen Räubern den Weg dazu geebnet!**

Aber auch in Sowjetrußland selbst hat Stalin die Kräfteverhältnisse der Klassen durch seine Politik zum Nachteil der Arbeiter verschoben und so dazu geführt, daß der Druck der feindlichen Klassenelemente auf die russischen Arbeiter gestiegen ist und steigt. Stalin hat das Programm der Linksopposition «in seiner Art» übernommen. An die Stelle des revolutionären Realismus setzte er den Rekordwahnsinn, den Charlatanismus, das Abenteurertum, gepaart mit dem ständigen Zurückweichen vor den der Arbeiterklasse feindlichen Elementen. Vor allem aber hat Stalin den Mutterboden zerschlagen, aus dem allein die gigantischen Kräfte wachsen, stark genug, im Bunde mit dem Weltproletariat, für die Bewältigung des Aufbaues: die **Arbeiterdemokratie.** Nur auf der Grundlage der Demokratie der Kommunisten in der Partei; nur auf der Grundlage der Demokratie für die Arbeiter in Betrieb, Gewerkschaft, Staat; nur auf der Basis der tätigen Kontrolle, der tätigen Mitbestimmung der Kommunisten, der Arbeiter ist der ungeheure Aufbau — im Bunde mit der Weltarbeiterklasse! — zu bewältigen. Stalin spuckte auf die Arbeiterdemokratie, zertrat sie mit seinen Feldwebelfüßen, drängte die Linksopposition, die die Arbeiterdemokratie als kardinale Grundbedingung für die Macht des Sowjetstaates und für den Aufbau der Sowjetwirtschaft forderte, aus der Partei. An die Stelle der Arbeiterdemokratie, an die Stelle der Kontrolle, der Mitbestimmung durch die Kommunisten, durch die Arbeiter, setzte der Feldwebel Stalin das **Kommando seiner Bureaukratie.** Gewiß, die russischen Arbeiter haben selbst unter dieser grundfalschen Methode Ungeheures, Bewunderungswertes geleistet. Aber um wie viel mehr, um wie viel Besseres hätten sie geleistet auf dem Boden der Arbeiterdemokratie, auf dem Boden leninscher Demokratie. Und vor allem: wie anders stünde es heute wirtschaftlich und machtpolitisch um die russische Arbeiterklasse, um die Sowjetmacht! Um wieviel stärker stünden die russischen Arbeiter heute da gegenüber allen anderen russischen Klassen! Die grundfalsche **Politik Stalins** führt dazu, daß die arbeiterfeindlichen Klassenelemente in Sowjetrußland den Druck der Weltwirtschaftskrise in viel höherem Maße auf die russischen Arbeiter abwälzen können, als es ihnen sonst möglich wäre!

Der Kapitalismus drückt auf Sowjetrußland von außen und innen; er drückt desto schärfer, je mehr sich die kapitalistische Krise zuspitzt. Der **Stalinismus lähmt** die Kommunistischen Parteien, lähmt die Kommunistische Internationale, lähmt die russische Arbeiterklasse, lähmt die Sowjetmacht. Nur dann kann die Weltarbeiterklasse und mit ihr die russische Arbeiterklasse die Kraft finden zum erfolgreichen, siegreichen Kampf gegen die Weltbourgeoisie, wenn die Kommunistischen Parteien — die russische Kommunistische Partei inbegriffen! — wenn die Kommunistische Internationale den **Stalinismus überwindend** den Weg wieder findet zu **Marx-Lenin,** zur **internationalen** proletarischen Revolution!

Gewiß, die Zahl der Arbeiter in Rußland ist gewaltig gestiegen, ihr kulturelles Niveau hat sich bedeutend gehoben, Industrie und Landwirtschaft haben mächtigen Fortschritt gemacht. Doch diesen und anderen positiven stehen negative Faktoren gegenüber, vor allem die Schwächung der Kommunistischen Parteien, der Kommunistischen Internationale; dadurch herbeigeführt (auf dem Wege über die Konservierung des Einflusses der Sozialdemokratie auf die Arbeiter) eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse der Klassen zugunsten der Bourgeoisie außerhalb Rußlands; dadurch ein Wachsen des kapitalistischen Druckes auf Sowjetrußland, wodurch allein schon das Kräftespiel der Klassen innerhalb Sowjetrußlands zum Nachteil der Arbeiter beeinflußt wird; diese Wirkung außerordentlich gesteigert durch die innerrussische Politik des Stalinismus mit ihrer Verdrängung der Arbeiterdemokratie duch das bureaukratische Kommando. Als Gesamtresultat der stalinschen Gesamtpolitik ergibt sich die objektive Tendenz der Verschiebung der Kräfteverhältnisse der Klassen innerund außerhalb Rußlands zum Nachteil der Arbeiterklasse.

Die Wiedergeburt, die in der Tiefe des russischen Proletariats einsetzt, ersteht nicht durch, sondern trotz und gegen den Stalinismus. Der Nährboden, aus dem sie emporwächst, sind die furchtbaren Erfahrungen der russischen Arbeiter mit dem Stalinismus, wirtschaftlich und politisch. Aus diesem Boden entspringt die Unzufriedenheit der russischen Arbeiter mit dem Stalinismus, die immer deutlicher als oppositionelle Arbeiterstimmung sich verbreitert gegen das Stalinregime. Aus diesem Boden beginnen die Früchte aufzuschießen der aufopfernden Arbeit der Linksopposition, deren Hauptaufgabe ist, diese oppistionelle Stimmung in der russischen Arbeitermasse zu stärken, zusammenzufassen, ihr die Richtung zu weisen: zur Reform der Partei.

Der Weg Sowjetrußlands nach aufwärts vollzieht sich nicht durch, sondern gegen den Stalinismus: durch die Parteireform, die den Kurs der Kommunistischen Internationale, der Kommunistischen Parteien, der russischen vor allem, umleitet vom Nationalkommunismus auf die Linie der internationalen Revolution.

Stalinistischer Pallawatsch

(Fortsetzung.)

Pallawatsch Nr. 6: Am 20. März wollte die RF in die «Rote Einheitsfront» nur die revolutionären Arbeiter. . . . Am 7. Februar schrieb sie, die «Rote Einheitsfront» ist allen Arbeitern zugänglich. . . . Am 14. Februar erklärte sie, gleichzeitig «nur» und «alle». . . . Am 21. Februar orakelte sie, daß in die «Rote Einheitsfront» alle parteilosen Arbeiter gehören, von den revolutionären Arbeitern aber nur die parteimäßig organisierten. . . . Am 13. März erklärte sie wieder, daß in die «Rote Einheitsfront» nur die revolutionären Arbeiter gehören, und zwar nur die, die von vorneherein die Führung durch die KP bedingungslos anerkennen. . . . Und jetzt am 20. März schreibt sie umgekehrt, daß in die «Rote Einheitsfront» alle Werktätigen gehören. Der rote Faden, der alle diese Widersprüche verbindet, heißt — der Stalinsche «Generalkurs» . . .

STEIERMARK

Arbeiter Eggenbergs

In wenigen Wochen wird der Gemeinderat gewählt. Die bürgerlichen Parteien mit ihren faschistischen Banditen suchen euch einzufangen. Die verräterische Sozialdemokratie wirbt um eure Stimmen, um ihre Schandpolitik in der Gemeindestube fortsetzen zu können. Sie kommt mit allen möglichen Mätzchen in allerletzter Stunde. Daher die Kohlenaushilfe, die Osterpakete, die Winterhilfe der SP, alles nichts als — Wahlschlager.

Wir bekämpfen die grundfalsche Linie des Stalinismus, aber die Kommunistische Partei ist trotz alledem und alledem die Arbeiterpartei, die Klassenpartei der Arbeiter. Darum rufen wir euch zu: Wählt kommunistisch!

Rechnet ab mit dem Gemeindegewaltigen Kral, mit dem Herrn Jugendreferenten Brandner und ihren Methoden, mit dem Schwindel der Wasserleitung, mit den Praktiken des Herrn Rosenwirth & Co!

Jeder Prolet wählt die Liste, die für Arbeit, Freiheit, Brot in den Kampf zieht:

Die Liste der Kommunistischen Partei!

Die Zelle Eggenberg der PKOe (Opposition).

SP-Jongleure

Grabreden dem Kaptalismus hält jetzt die SP. sehr fleißig, um den Arbeitern vorzutäuschen, als kämpfe sie gegen den Kapitalismus. Die freigewerkschaftliche Angestelltenzeitung gar hat eine ständige Rubrik eingeführt, um großkapitalistische «Kritiker» des Kapitalismus zu Worte kommen zu lassen. Sie zäumt die Sache so auf, als ob die Kritiker gegen das kapitalistische System wären . . . So erzählt sie mit Begeisterung vom ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Caillaux, daß er die «planmäßige Kolonisierung Afrikas anstrebe» und als «endgültige Ueberwindung der Krise eine auf europäischer und internationaler Grundlage organisierte Produktion». Jubelnd fügt sie hinzu: «Das ist also Planwirtschaft, die nur unter staatlicher Kontrolle möglich ist. Staatliche Kontrolle, das ist ein Stück der Funktion der politischen Demokratie.» Was erzählt sie da den Angestellten? Was für ein Schwindelrezept preist sie da als Allheilmittel an? Warum verwirrt sie absichtlich die Gehirne der Angestellten? Weil diese Kleinbürger mit beiden Füßen im kapitalistischen System stehen und keinen anderen Ausweg haben, genau so wenig wie die Großbourgeoisie. Nur ein Ausweg kommt heute für die herrschende Klasse und ihre Lakaien in Betracht: der Weg über Not und Elend des Proletariats. Nach staatlicher Kontrolle rufen diese Kleinbürger. Ja, wer ist denn «der Staat»? Der Staat ist ein Machtinstrument der herrschenden Klasse! Wer herrscht bei uns? Die Kapitalistenklasse! Staatliche Kontrolle bedeutet also Kontrolle durch die Kapitalistenklasse in konzentriertester Form, also mit noch größerer Machtvollkommenheit als im Privatkapitalismus. Und wo würde sein die «Funktion der politischen Demokratie»? Nun, sie würde sich so auswirken, wie heute die Arbeitervertretung in der IBK. Zum Schluß ruft die Angestellten-Verwirrungszeitung noch pathetisch aus: «Will jemand leugnen, daß das ein großer Schritt zum demokratischen Sozialismus ist?» . . . Nun, große Schritte unter der SP. haben wir schon viele gemacht; einmal nach vorwärts, zehnmal nach rückwärts, im ganzen nach rückwärts!

Um die sozialdemokratischen Verwirrungskünstler in Politik und Gewerkschaft für das Proletariat unschädlich machen zu können, bedarf es der größten Klugheit und Kühnheit, der zähesten Ausdauer und Geduld. Das müssen die Kommunisten erst lernen, denn die Leninsche Lehre wird vom Stalinismus teils verzerrt, teils wird sie überhaupt nicht gelehrt. Es ist aber nie zu spät! Denn der Kampf der Klassen wird solange dauern, solange es Klassen gibt.

Ein Angestellter.

„Hätten'S g'spart!"

Vor einigen Wochen erschien beim **Fürsorgerat Michalek, XV., Viktoriagasse 12,** eine arbeitslose, in der Notstandsunterstützung stehende Frau und ersuchte den Fürsorgerat um die Zuweisung der Weihnachtsaushilfe der Gemeinde Wien.

Michalek setzte sich in seinem Sessel zurecht, betrachtete die «Bittstellerin» vom Scheitel bis zur Sohle. Dann sagte er:

«Se haben aber an schönen Mann», und ging in die «Amtshandlung» ein:

«Wie lang san S' arbeitslos?»

«Ein dreiviertel Jahr.»

«Und do haben S' Ihna nichts derspart?»

«Was soll ich mir von 150 Schilling im Monat ersparen?»

«Do darf ma halt net drahn geh'n.»

«Wer geht denn ‚drahn'?»

«Sind S' ruhig, i hab' Ihna früher tagtäglich um ½6 Uhr früh um d' Ecken geh'n g'seh'n. Hätten S' g'spart, hätten S' jetzt was!»

«Aber, Herr Fürsorgerat, da bin ich doch in die Arbeit gegangen . . .»

Doch der Herr Fürsorgerat, der Funktionär der Sozialdemokratischen Partei ist, ließ die Frau nicht aussprechen und wies sie mit scharfen kränkenden Worten ab.

Der Frau wurde zwar am Magistrat anstandslos die Weihnachtsaushilfe ausgefolgt, doch dieser «Fürsorgerat» Michalek steht bereits wieder auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei als Fürsorgerat für die Wahlen, die am 24. April stattfinden. Danach kann nun jeder, wer sich etwas «derspart» hat, sozialdemokratisch wählen und der sich nichts «dersparen» konnte, gibt am 24. April die Stimme der Kommunistischen Partei!

Von einem Arbeiter.

Erlebnisse eines Arbeiters unter dem Stalinismus

Von Stephan Supka

(Fortsetzung.)

Besonders gut verpflegt waren die amerikanischen **Ingenieure** in der sogenannten amerikanischen Stadt. Dort standen 16 schöne Blockhäuser. Eine Kooperative sorgte für ihre Bedürfnisse, außerdem hatten sie eine Speisehalle, in welcher sie wahrhaft bürgerlich und sehr billig ihre Mahlzeiten einnehmen konnten. Sie bekamen dort zum Mittagmahl: Fleisch, Kartoffeln, dazu Butter, Selchfleisch, Kaviar, Honig, feine Bäckerei, rohes und kandiertes Obst, Orangen in Fruchstaft, Wurst, Tee, Kaffee und Milch. Man konnte außer Fleisch und Kartoffeln, die vorgeteilt wurden, von den angeführten Dingen essen, so viel man wollte. Dies alles kostete 2 Rubel samt Tee, Kaffee und Milch. Es gab aber auch amerikanische **Proleten,** die nicht so gut verpflegt wurden, die wohnten mit uns am Soz Gorod und hatten nicht mehr als wir. Meine Ansicht ist, daß in der amerikanischen Stadt keine Proleten wohnten. Ich bin zweimal in der amerikanischen Speisehalle gewesen. Es war ein Zufall und beidemale ein Festtag für mich. Es war mir unerklärlich, wieso man in der Verpflegung drei Kategorien geschaffen hat: 1. die bürgerlichen Ingenieure, die Amerikaner weit voran; 2. die ausländischen Arbeiter; 3. die russischen Arbeiter. **Die Verpflegung der russischen Arbeiter wünsche ich allen denjenigen, die in Europa bewußte Unwahrheiten über die gute Verpflegung der russischen Arbeiter verbreiten.**

Die sanitären Verhältnisse sind äußerst traurig. Trinkwasser gibt es in Magnitogorsk nicht, es muß gekochtes Flußwasser, welches stark verunreinigt st, getrunken werden. Das Spital in Magnitogorsk besteht aus Baracken, ist voll Ungeziefer, wird nicht gelüftet und ist eine Brutstätte für Seuchen. Beim Anblick des Spitals fragte ich mich, ob da Menschen überhaupt gesund werden können. Gänzlich verwahrlost liegen die Kranken in Lumpen gehüllt, ein furchtbarer Anblick für jeden.

Die Krankenversicherung läßt alles zu wünschen übrig. Ich meldete mich mit Lungenspitzenkatarrh und Rheuma krank. Wurde erst nach einem Krach mit der Aerztin für einen Tag krankgemeldet. Ein anderesmal wurde ich wieder nach einem Krach für einen Tag krankgemeldet: fünf Tage brauchte ich zur Heilung. Krankengeld habe ich bis heute nicht erhalten. Bei meiner letzten Krankheit verweigerte man mir in der Apotheke die Ausfolgung von Borvaselin. Auf Rezept ist keines hier, nur zum Verkauf, sagte mir die Laborantin. Ich schlage nochmals Krach und bekam darauf ein Stückchen Vaseline, zirka fünf Gramm — in gewöhnlichem Zeitungspapier.

Die ärztliche Behandlung ist äußerst mangelhaft. Zwei Kinder eines reichsdeutschen Kollegen sowie dieser selbst warteten zirka vier Tage auf ärztlichen Besuch. Der Arzt kam erst, als eines der Kinder nach tagelanger Agonie gestorben war. Das zweite ist, soviel mir bekannt ist, gesundet, aber durch den zu späten Besuch des Arztes an einem Auge erblindet. Zeit hatte der Arzt bestimmt genug.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei

Zur Kaderfrage

Von L. R.

Als im Frühjahr 1930 durch die Arbeitslosenbewegung gegen 300 Bauarbeiter zur Partei kamen, wurde mit ihnen die ganze Partei wieder halbwegs aufgebaut. Im Jahre 1929 nämlich war die Partei organisatorisch vollständig erledigt. Die meisten Zellen hatten über den Sommer nicht einmal Mitgliederversammlungen abgehalten. Honner, welcher damals Sekretär der Stadtleitung war, vertrat die Ansicht, es sei nicht notwendig, daß die Mitglieder wöchentlich zusammenkommen. Die Bauarbeiter wurden also auf die noch übriggebliebenen Zellen aufgeteilt. Von unten herauf ging damals der Aufbau der Organisation vor sich. Die Zellen, die auf eigene Initiative andere aktive Zellen aufbauten, mußten über den Kopf des Stadtleitungssekretärs Honner arbeiten. Erst als schon einige neugeschaffene aktive Zellen bestanden, kam der neue Sekretär Hexmann mit seiner Weisheit herausgerückt. Genossen, die mit ihrer Arbeit dem Hexmann schon weit voraus waren, mußten sich von diesem Unterschabsel belehren lassen, «wie man die Partei auf bolschewistischer Grundlage aufbaut».

Es kamen mehrere **«scharfe Wendungen zur Massenarbeit».** Vorerst wurde durch eine «Reorganisation» des Selbstschutzes dieser zertrümmert. Anmaßende Parteischlieferl verekelten dann den 1930 zur Partei gekommenen Bauarbeitern die Parteiarbeit. Langsam und sicher wurden sie aus der Partei hinausbugsiert, so daß jetzt von ihnen nur noch etwa zehn in der Partei sind!

Die Mitglieder murrten. Da kam man nach der **«Durchbruchs-Niederlage»** anläßlich der Wahlschlacht 1930 auf den «rettenden» Gedanken, durch die **Kreiseinteilung** zwischen Mitgliedern und Führung einen größeren Abstand zu schaffen. Man hoffte dadurch künftige oppositionelle Regungen von vorneherein abzuschwächen und zu erschweren. Doch dieses Mittel allein genügte nicht. Also stellte man auf dem **«Stoßparteitag»** «energisch» die **«Kaderfrage».** Auf der reiten sie heute noch herum. Wie lange noch und auch dieses Mittel genügt nicht mehr, um die unfähige Führung vor dem Empörungssturm der Kommunisten zu schützen!

Die Partei geht weiter bergab. Man bringt nicht einmal die Unterschriften für die Kandidatenliste zur Gemeinderatswahl zusammen! Die Partei steht vor dem Bankrott durch die Schuld der Koplenig, Hexmann und Konsorten! Warum ändern der Koplenig, Hexmann, kurz diese Bureaukratenclique, ihre verbrecherische Linie nicht? Warum stellt man die Partei nicht auf eine gesunde organisatorische Grundlage? Wenn Koplenig und seine Freunderln behaupten, ein Genosse, der mit den organisatorischen Zuständen in der Partei nicht einverstanden ist, sei gegen die Parteilinie, gegen die Partei überhaupt, so glauben sie das selbst nicht.

Wir glauben nicht, daß die Komintern damit einverstanden wäre, wenn sie wüßte, daß die österreichische Führung aus der österreichischen Partei einen **Friedhof** macht, einen Friedhof von mit Gewalt «verkalkten Elementen». Diese **«Verkalkten»** haben für die Partei Opfer gebracht, die nun durch die desorganisierende Tätigkeit der Führung nutzlos sind. Es ist jetzt noch möglich, die organisatorische Grundlinie zu ändern, sie den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen, die primitivsten organisatorischen Grundfragen klarzustellen. Bei uns wird aber seit Jahren diese Grundlinie beibehalten, **man wechselt nur die Mitglieder, die auf dieser falschen Grundlinie arbeiten sollen . . . .**

Die organisatorische «Grundlinie» unserer Führung ist: **immer wieder von vorne anfangen, maßlose Kräfteverschwendung, nichts fertig machen, doch vor allem — oben bleiben.** Jeder ehrliche aktive Parteigenosse kommt nach einiger Zeit, wenn er schon gewisse Erfahrungen gesammelt hat, darauf, daß es so steht. Jeder ehrliche Genosse muß zur Ueberzeugung kommen, daß die **Koplenig, Hexmann, Honner** und **Konsorten** mit dem Schlagwort «Kaderfrage» Mißbrauch treiben, indem sie es als **Deckmantel für ihre Unfähigkeit** benützen. Wohl ist der Zustand einiger Zellen heute besser als 1929, doch ist das nur der aufopfernden Arbeit der Mitglieder zu danken, die diese Teilerfolge erringen konnten trotz der unfähigen Führung. Das einzige, was in der Partei ausgebaut wurde, das ist der bureaukratische Apparat, das einzige, was erobert wurde sind **gutbezahlte Posten** für die Koplenig, Hexmann und Konsorten, kurz für die Parteibureaukratie. Das ist der einzige «Sieg», ein «Sieg» auf Kosten der revolutionären Sache, ein «Sieg» auf Kosten des Kommunismus!

Genossen, dulden wir nicht länger die Desorganisierung der Partei, dulden wir nicht länger diese Niederlagenpolitik. Jeder einzelne von uns ist vor der Arbeiterklasse verantwortlich für diese verbrecherische Politik, an jedem einzelnen von uns liegt es, sie zu ändern!

*

Nachbemerkung der Redaktion: Es kommen oft Parteimitglieder zu uns oder sie schreiben uns, wobei sie die Zustände in der Partei so schildern, wie Genosse L. R. in seinem Artikel. Viele Genossen in der Partei haben tatsächlich die Auffassung, die **Komintern wisse nicht,** was in der österreichischen Partei vorgeht, sie sei schlecht informiert durch falsche Berichte, wenn die Komintern orientiert wäre, so wären Koplenig & Co. schon längst erledigt usw. Weiters sagen diese Genossen, die politische Grundlinie der Partei sei richtig, man könne auch auf ihr gute Arbeit leisten, nur werde alles falsch angepackt und schlecht organisiert. Nun, diese Genossen haben zum Teil recht: es werden bestimmt gefälschte Berichte an die Komintern geschickt und es werden bestimmt die einfachsten organisatorischen Grundbegriffe auf den Kopf gestellt. Allein, man kann nicht durch Jahre hindurch eine richtige politische Linie haben und dabei schlecht organisieren. Einmal lernt man doch etwas zu, nach geschlagenen neun Jahren haben selbst die Koplenig & Co. einige organisatorische Erfahrungen gesammelt (Trottel sind sie keineswegs, wie viele Parteimitglieder meinen). Wenn also trotzdem durch die ganzen Jahre und auch jetzt die unglaublichsten Böcke geschossen werden, so ist die Erklärung dafür die, daß sich diese organisatorischen Fehler und Unzulänglichkeiten aus der **politischen** Linie ergeben. Eine richtige politische Linie mit einer jahrelangen orga-

nisatorischen Lotterwirtschaft, das gibt es nicht, wohl aber muß sich diese organisatorische Mißwirtschaft zwangsläufig aus einer falschen politischen Grundlinie ergeben.

Die **gefälschten Berichte** schickt das ZK der KPÖ nicht erst seit heute; die werden schon durch lange Jahre geschickt. Wenn sich die Führung der **Komintern** durch lange, lange Jahre falsche Berichte gefallen läßt, wenn sie durch lange Jahre die Politik für Oesterreich auf Grund falscher Berichte bestimmt, dann ist sie unfähig, dann soll sie abtreten! Wenn sie aber weiß was in Oesterreich vorgeht — **und sie weiß es!** — und wenn sie dennoch das Koplenig-ZK und dessen Politik duldet — und sie duldet sie nicht nur, sondern **unterstützt** sie mit allen Mitteln! — dann sitzen in der Komintern-Führung entweder lauter Dummköpfe — wer das glaubt, ist selber Dummkopf! — oder sie sind nicht dumm, dann machen sie aber mit der Koplenig-ZK gemeinsame Sache. Mit anderen Worten: die Politik der österreichischen Partei entspricht der politischen Linie der Komintern, das ist **der stalinschen «Generallinie»**, und die Koplenig & Co. bleiben eben darum oben, weil sie durch ihre «Eigenart» garantieren, daß diese Linie in Oesterreich durchgeführt wird. Es handelt sich uns also nicht darum, den Koplenig ab- und den Frey hinaufzusetzen, sondern es geht uns darum, die stalinsche Grundlinie zu ersetzen durch die Linie Marx und Lenins, das ist durch die **Linie des revolutionären Realismus, des revolutionären Internationalismus** in der KPÖ und in der Komintern, in allen kommunistischen Parteien, auch in der KP Sowjetrußlands. **Dafür** zu kämpfen, **gemeinsam mit der KPÖ (Opposition)**, die diesen schweren Kampf schon jahrelang führt, ist Pflicht eines jeden revolutionären Arbeiters, der ernstlich Anspruch darauf erhebt, Kommunist zu sein!

Der „Gnä Herr"!

Sonntag, 13. September 1931 um die Mittagsstunden. Männer laufen durch die Straßen Wiens, schreien: «Extraausgabe! **Putsch der Heimwehrfaschisten!** Extraausgabe!»

Zwei Kommunisten, die gerade über eine Hauptstraße daherkommen, bleiben stehen.

«Putsch der Faschisten und die Partei weiß nichts?», meint der eine, während der zweite den Ausrufer anhält, um die Extraausgabe zu kaufen.

Nun lesen beide aufgeregt: «Blutige Zusammenstöße zwischen Arbeitern und schwerbewaffneten Faschisten. Zwei Arbeiter von den Hahnenschwänzlern gemordet.»

Während sie an der Straßenecke stehen und die letzten Zeilen mit den Augen verschlingen, eilen an ihnen uniformierte Schutzbündler vorbei.

«Hallo, Genossel», ruft der eine Kommunist einen vorbeieilenden Schutzbündler an und fragt, hinweisend auf die Extraausgabe: «Wo gehst du hin?» «Bereitschaft!» gab der Schutzbündler als Antwort, ohne sein Tempo zu verlangsamen.

«Wir müssen den Genossen **Kope** (Koplenig) sofort verständigen», erklärte der andere.

«Zu ihm in d' Wohnung geh'n?», fragte der erste. «Nein,» erklärte der zweite, «das würde zu lange brauchen, wir müssen ihn anrufen.»

Nun schnell im Laufschritt zur nahen Parkanlage, wo eine Telephonzelle steht.

Die Verbindung ist hergestellt.

«Ist der Genosse Koplenig zu Hause?» fragt der Genosse, der die Initiative ergriffen hat, den Generalsekretär anzurufen, durch das Telephon.

Eine weiche Mädchenstimme antwortete:

«Ja, aber der **Gnä' Herr schläft** jetzt.»

«Wer spricht denn am Apparat?»

«Die Hausgehilfin.»

«Ist er krank?»

«Nein.»

«Dann soll er zum Apparat kommen, ich habe ihm äußerst Wichtiges mitzuteilen.»

«Also muß ich doch den **Gnä' Herrn** wecken?»

«Ja, wecken Sie ihn gleich, er soll sofort zum Apparat kommen.»

«Dann bitte, einen Augenblick . . .»

Es folgte eine kleine Pause und der am Telephon sprechende Genosse sagte zu dem andern, der auch in der Zelle steht: «Was sagst du dazu, der **,Gnä' Herr'** schläft.»

«Wer ist das der ,Gnä' Herr'?»

«Nanu, der Koplenig, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Oesterreichs, er halt jetzt sei Mittagsschlaferl.»

«Was, a ,Gnä' Herr' ist er und a Schlaferl halt er, während die Faschisten an Putsch machen, Arbeiter morden? Der ist doch noch schlechter als die SP-Bonzen!»

«Sei ruhig, schrei net so laut, sonst hört man 's durch 's Telephon und du wirst ,Wegen unproletarischen Verhaltens' aus der Partei ausg'schlossen.'

«Hallo . . .»

«Pst.»

«Koplenig am Apparat?»

Mürrisch und gereizt im ,Gnä' Herrn'-Ton kam es zurück: «Ja, warum rufst du mich an?»

«Hast du noch nichts gehört? Die Faschisten haben in Steiermark geputscht. Zwei Arbeiter wurden gemordet!»

«Wer hat denn dir das aufgebunden?»

«Die SP hat ein Mitteilungsblatt herausgegeben!»

«Aber, aber.»

«. . . der Schutzbund hat Bereitschaft!»

«Aber, aber.»

«. . . Alle Straßen sind voll, überall spricht man über die Ereignisse . . .»

«Aber, aber.»

«. . . und die Partei macht nichts!?»

«Aber, aber, wie kannst du d'rauf hereinfallen! Schwindel der SP, ein Wauwau!»

Eine Antwort darauf hielt der Kommunist für überflüssig, denn die Stimme des Generalsekretärs klang immer gereizter.

Kein Wunder. Dem «Gnä' Herrn» wurde doch das Mittagsschlaferl gestört. Ein Kommunist.

Und wieder einer

Und wieder einer. Die «Rote Fahne» teilt mit, daß Harrer zur Sozialdemokratie gewechselt hat und von Sektion zu Sektion zieht, gegen die kommunistische Sache hetzend. Die RF vergißt nur beizufügen, wer jener Harrer war. Dieser Harrer war eines der giftigsten Werkzeuge, daß die verbündete rechte und stalinistische Fraktion, später die stalinsche Fraktion allein gegen uns verwendet haben. Sie haben sich seiner bedient, obwohl hinter dem Mann manches Fragezeichen stand. Sie haben ihm sogar in führende Stellung gehoben. Er war einer der Führer der Bauarbeiter-RGO und der RGO überhaupt . . . Das leitende Ziel Harrers war sein persönlicher Vorteil. Darin unterscheidet er sich in nichts von den Stalin-Bureaukraten, von denen noch gar mancher zu den Gegnern des Kommunismus wechseln wird, wenn er dabei seinen persönlichen Vorteil findet.

„Linkes" Ungeziefer

Die Thesen des zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über den Parlamentarismus sagen:

«. . . Die Aufgabe des Proletariats besteht darin, die Staatsmaschine der Bourgeoisie zu sprengen, sie zu zerstören und zugleich mit ihr die Parlamentsinstitutionen, mögen es republikanische oder konstitutionell-monarchistische sein.

Nicht anders ist es mit den **Kommunaleinrichtungen** der Bourgeoisie, die den Staatsorganen gegenüberzustellen theoretisch unrichtig ist. In Wirklichkeit sind sie ähnliche Apparate des Staatsmechanismus der Bourgeoisie, die von dem revolutionären Proletariat vernichtet und durch örtliche Sowjets der Arbeiterdeputierten ersetzt werden müssen . . .

Die wichtigste Kampfmethode des Proletariats gegen die Bourgeoisie, das heißt gegen ihre **Staatsmacht**, ist vor allen Dingen die Massenaktion . . . In diesem Massenkampf, der sich zum Bürgerkrieg entwickelt, muß die führende Partei des Proletariats alle legalen Stellungen festigen, indem sie sie zu Hilfsstützpunkten in ihrer revolutionären Tätigkeit macht und diese Stellung dem Plan des Hauptfeldzuges, der Kampagne des Massenkampfes unterordnet.

Ein solcher Hilfsstützpunkt ist die Tribüne des bürgerlichen Parlaments . . . Die Kommunistische Partei geht in diese Institution nicht hinein, um dort eine organisatorische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen, die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen . . .

Diese Tätigkeit in dem Parlament, die hauptsächlich in revolutionärer Agitation von der Parlamentstribüne, in der Entlarvung der Gegner, im geistigen Zusammenschluß der Massen, die noch immer namentlich in den rückständigen Gebieten, befangen von demokratischen Illusionen, nach der Parlamentstribüne schauen usw. besteht, soll ganz und gar nach den Zielen und Aufgaben des Massenkampfes außerhalb des Parlaments untergeordnet sein. . . . Falls die Kommunisten die Mehrheit in Kommunaleinrichtungen haben, so wollen sie a) revolutionäre Opposition gegen die bürgerliche Zentralgewalt treiben, b) alles tun, um der ärmeren Bevölkerung Dienste zu leisten (wirtschaftliche Maßnahmen, Durchführung oder Versuche der Durchführung der bewaffneten Arbeitermiliz usw.), c) bei jeder Gelegenheit die Schranken zeigen, die die bürgerliche Staatsgewalt wirklich großen Veränderungen entgegensetzt, d) auf dieser Grundlage schärfste revolutionäre Propaganda entwickeln, ohne den Konflikt mit der Staatsgewalt zu fürchten, e) unter gewissen Bedingungen die Gemeindeverwaltungen usw. durch lokale Arbeiterräte ersetzen. — Die ganze Tätigkeit der Kommunisten in der Kommunalverwaltung muß also ein Bestandteil der allgemeinen Zersetzungsarbeit des kapitalischen Systems sein . . .»

Indem die Kommunisten so kämpfen, erzielen sie nach einem bekannten leninschen Wort als «Nebenprodukte dieses Kampfes» auch Reformen.

Auf diesem prinzipiellen Boden kämpft die österreichische KP, in dieser Richtung macht sie keinen Fehler. Die schweren Fehler ihrer Politik, auch ihrer Gemeindepolitik und auch ihrer Gemeindewahltaktik liegen, wie wir an anderer Stelle zeigen, ganz wo anders.

Da vegetiert aber ein «linkes» Blatt, welches der Partei vorhält, daß «die kommunistisch verwalteten Gemeinden Deutschlands und Frankreichs selbstverständlich auch nicht über den Rahmen, den ihnen der kapitalistische Staat gezogen hat, hinauskommen können und in ihrer Steuerpolitik und ihrer Verwaltung nur den engbegrenzten Raum hat, den der Staat — «der Staat!» . . . — den Gemeinden gewährt, um sich vor Uebergriffen derselben zu schützen» . . . Und noch eine Frage in diesem Zusammenhang stellt jenes «linke» Blatt: «Sollen die Arbeiterparteien — «die Arbeiterparteien»! . . . — nicht gegen diese den Gemeinden vom Staat — «vom Staat»! . . . — auferlegten Fesseln ankämpfen, also **«für weitmöglichste Gemeindeautonomie»**, das heißt für mehr **«Unabhängigkeit vom Staat»** — «vom Staat»! . . . — kämpfen?» Das ist **hunderprozentiger Opportunismus**, das ist in Reinkultur die **Linie der sozialdemokratischen Gemeindepolitik**, mit der die Partei mit Recht nichts gemein hat. Indem die «Rote Fahne» (19. Februar) schreibt, daß die Kommunisten nicht im mindesten sich und dem Proletariat Illusionen machen über den Wert und die Bedeutung einer nicht existierenden Autonomie, nimmt sie einen prinzipiell vollkommen richtigen Standpunkt ein auch in dieser Frage; nur hätte sie genauer formulieren sollen: «einer für das Proletariat nicht existierenden Autonomie.»

Dieses Beispiel zeigt wieder einmal drastisch, wie es mit dem Beruf des «Mahnruf» steht, die Partei zu beraten oder selbst nur die Rechten zu kritisieren, dieselben Rechten, mit denen sich zu vereinigen vor nicht langer Zeit das Programm des «Mahnrufs» war! **Politisch verworren,** steigert der Mahnruf die ideologische Verwirrung, die den Hauptinhalt der Krise im Proletariat und der Parteikrise bildet. **Moralisch** aber ist er ein **unreines** Blatt, das sich z. B. nicht scheut, ohne den Schatten eines Beweises einen Genossen der Spitzelei zu verdächtigen. Politisch und moralisch ist dieses «linke» **Ungezieferblatt ein Hemmnis** des Kampfes für die Partergesundung.

Da ist ein tüchtiger Genosse der Berliner Linksopposition, der linksoppositionellen Sache treubleibend und offenbar im vollen Einverständnis mit seiner Organisation, der SAP, beigetreten, um in den Reihen dieses sozialdemokratisch-zentristischen Zwittergebildes für die Sache der Linksopposition, das ist für die kommunistische Sache, zu wirken. Ein guter Plan, eine durchaus zulässige und richtige Methode. Unter dem Schein einer Kritik wegen «Opportunismus» denunziert das **Mahnruf-Ungeziefer** den wahren Sachverhalt den reformistischen Zentristen der SAP und durchkreuzt so die kommunistische Arbeit der Linksopposition. Und solche Verräterei segelt unter dem Namen einer — «Linksopposition» . . . Zacherlin, Zacherlin und nochmals Zacherlin gegen dieses Ungeziefer!

Konkursspekulanten

Im Eilschritt naht das Ende der Koplenig & Co. Die Ueberzeugung von der absoluten Untauglichkeit dieser Sippschaft hat die besten Teile der Mitgliedschaft erfaßt. Die nahenden Ereignisse werden den Koplenig & Co. den Rest geben. Auf diesen Konkurs spekulieren die Rechten. Sie meckern an den Fehlern der Partei herum, meckern von der falschen Politik der Kommunistischen Partei und der Komintern, doch an der Grundwurzel von all dem, am **Stalinismus**, wagen sie nicht zu tasten. Siehe ihr Flugblatt. Das bedeutet: Die Herren Konkursspekulanten bieten sich dem Meister Stalin als Ersatz an für die abwirtschaftenden Koplenig & Co.*) Die Herrschaften werden sich doppelt irren. Die nahen Ereignisse werden den Mitgliedern zeigen, daß die Koplenig & Co. nur Werkzeuge sind und daß die **wirkliche Schuld und Verantwortung trifft den Stalinismus, die ganze Stalinclique,** mit ihrem Meister Stalin an der Spitze. Die nahen Ereignisse werden nicht nur die Handlanger, sondern auch den Meister selbst mit seiner ganzen Clique politisch auf das schwerste erschüttern im Bewußtsein aller revolutionären Arbeiter, vor allem der Kommunisten. Die Mitglieder müssen der Rechten unbarmherzig auf die Finger klopfen. Es gibt keine wirkliche Wendung der Politik der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale ohne die **restlose Liquidierung der stalinschen «Generallinie»!** Abwendung vom Stalinismus und **Wendung zum Marxismus-Leninismus**, das allein führt zur Gesundung, die nur erkämpft werden kann durch das Bündnis des ehrlichen Teiles der Mitgliedschaft mit der Linksopposition!

*) Konkursspekulation treibt auch die Tomanclique, diese klägliche Ausgabe der jämmerlichen **Sinowjew-Fraktion**, deren Ultralinkstum nie etwas anderes war als — Rechtstum mit umgekehrtem Vorzeichen. Die Tomanclique kämpft überhaupt nicht politisch, sondern nur mit persönlichem Dreck und organisatorischen Nadelstichen.

Zur deutschen Wahltaktik

Genosse Trotzki erklärt die Aufstellung eines Präsidentschaftskandidaten der Arbeitereinheitsfront für eine an der Wurzel falsche Idee. Sicher kann ein Kandidat nur aufgestellt werden auf Grundlage eines bestimmten Programms. Die Arbeitereinheitsfront wird geschlossen zum Kampf für ein Aktionsprogramm unmittelbarer Kampfziele. Dieses Kampfprogramm hätte zugleich die Grundlage der Präsidentschaftskandidatur der Arbeitereinheitsfront sein können. Die Partei wäre dadurch im Wahlkampf keineswegs gehindert gewesen, ihr Eintreten für die Aktionslosungen der Arbeitereinheitsfront zu verbinden mit der Kritik an der Unzulänglichkeit dieser Lösungen und mit dem Aufzeigen der kommunistischen Losungen. Dazu hätte sie die Möglichkeit und das Recht gehabt, denn die organisatorische Grundbedingung der Arbeitereinheitsfront ist vollkommene organisatorische Selbständigkeit und volle Freiheit der Kritik. Die Partei hätte also auch im Wahlkampf auf diese Weise klar ihr kommunistisches Gesicht vor den Massen gezeigt. Wir sehen kein prinzipielles Hindernis in dieser Taktik. Sie hätte der kommunistischen Sache genützt, sie hätte im Rahmen des Gesamtkampfes, vor allem des außerparlamentarischen Massenkampfes der Arbeitereinheitsfront eine gewaltige Stärkung der kommunistischen Partei in die Wege geleitet. Denn durch die Aufstellung des Präsidentschaftskandidaten der Arbeitereinheitsfront wäre die revolutionierende Wirkung der Einheitsfronttaktik noch gesteigert worden. Diese Taktik hätte es der SPD außerordentlich erschwert, sich zu drücken, sie hätte der SPD die Arbeitereinheitsfront wahrscheinlich aufgezwungen. Nachher auszuspringen wäre der SPD schwer gewesen. Im weiteren Verlauf des Kampfes der Arbeitereinheitsfront hätten sich die Massen (immer richtige Taktik der KPD vorausgesetzt) durch eigene Erfahrung vom Verratscharakter der SP überzeugt und sich zur revolutionären Einheitsfront umorientiert. Oder die SPD hätte trotz alledem abgelehnt, wäre trotz alledem zur Hindenburg-Front gestoßen: dann hätte dies infolge der Steigerung der Taktik bis zum Angebot der Aufstellung eines Präsidentschaftskandidaten der Arbeitereinheitsfront sofort eine viel gewaltigere Zahl sozialdemokratischer Arbeiter in die kommunistische Front gerissen als ohne diese Zuspitzung.

Mindestens für die Stichwahl hätte so die Aufstellung eines Präsidentschaftskandidaten der Arbeitereinheitsfront — und zwar sogar von Haus aus, also vor dem ersten Wahlgang — von der KPD vorgeschlagen werden können, ohne dem kommunistischen Prinzip das Geringste zu vergeben. Dabei wäre die Partei im ersten Wahlgang mit ihrem Programm und unter ihrer Fahne aufmarschiert, hätte so ihre Anhänger mobilisiert und ihre Kräfte berechnen können.

Arbeiterkulturbund „Spartakus"

Sitz: XVI., Koppstraße 47, Gasthaus Fanowitz. Tel. U 30-6-58.

Jeden Freitag von ½8 bis 10 Uhr abends.

10. April: Zusammenkunft 10 Uhr Endstation Neuwaldegg. Nach Weidlingtal. Nachmittagstreffpunkt: 4 Uhr Rohrerwiese.

17. April. Zusammenkunft 10 Uhr Hütteldorf. Nach Mostalpe über Knödelhütte. Nachmittagstreffpunkt: 4 Uhr Riegerhütte (Halterbachtal).

Aus der Opposition

Zentraler Diskussionsabend: Montag, den 18. April, in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46, abends ½8 Uhr.

Bezirksorganisation Ottakring. Jeden Freitag im Gasthaus Fanowitz, XVI., Koppstraße 47, abends ½8 Uhr.

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stiptschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: «Inva», Wien, VII.